

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 67 (1988)
Heft: 1

Artikel: Sozialismus als Humanismus und konkrete Moral : unsere Ungeduld ist berechtigt
Autor: Dreifuss, Ruth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stimmen. Ohne diesen schwierigen Weg durch die Institutionen, den seinerzeit der akademische Nachwuchs der späten sechziger Jahre mit einigem Erfolg angetreten hatte, geht es nicht. Damit verbunden sind Arbeit, Konflikte, Auseinandersetzungen und Niederlagen. Nur so werden die heute führenden Kader der Partei gezwungen sein, ihre bevorzugten Themen an ihnen fremden Massstäben messen zu lassen. Anders geht es nicht. Gewiss, die neue Fraktion der Sozialdemokraten in der Bun-

desversammlung ist zusammengeschrumpft. Wichtige sozialpolitische und arbeitsrechtliche Sprecher der Fraktion fehlen, die meist auch ausgezeichnete Kenner der Arbeitswelt in der Schweiz waren. Wenn die Fraktion sich jedoch zu Beginn der Legislatur einige wenige, überschaubare Ziele setzt und danach in den kommenden vier Jahren insbesondere dafür sorgt, dass diese Ziele erreicht werden, und damit ein Bild der Geschlossenheit vermittelt, dann dürfte sich auf diese Weise auch eine Aus-

strahlung auf das Leben in der Partei erreichen lassen. Hinzu kommt, dass auch die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wieder zu grösserer Geschlossenheit zurückfinden müssen, anstatt sich öffentlich zu bekriegen. Und schliesslich muss der Prozess beginnen, dass die Arbeitnehmerschaft wieder in die Partei zurückkehrt und ihren aktiven Beitrag gegen alle Widrigkeiten in der alltäglichen politischen Arbeit leistet.

Sozialismus als Humanismus und konkrete Moral

Unsere Ungeduld ist berechtigt

Von Ruth Dreifuss

Am Wahlparteitag 1987 der SPS hat Ruth Dreifuss, Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ein Hauptreferat gehalten. Die Wahlen sind zwar vorbei und nicht so ausgefallen, wie der Parteitag 1987 sich das vorgestellt und erhofft hatte. Aber was Ruth Dreifuss den Genossinnen und Genossen zu sagen hatte, verdient es, einem weiteren Kreis bekannt gemacht zu werden, zumal sich Ruth Dreifuss mit dem Spannungsfeld Utopie und Zwang zum Reformismus der linken und Gewerkschaftsbewegung intensiv auseinandersetzte. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Ruedi Wullschleger, ehemaliger Zentralsekretär beim VPOD.

Es ist wohl mehr als nur angebracht, dass an diesem Parteitag auch eine Stimme aus der Romandie – und die einer Frau – zu vernehmen ist, und zwar nicht «bloss» als Diskussionsvotum oder im administrativen Teil. Dennoch zögerte ich, als mir angeboten wurde, hier «offiziell» das Wort ergreifen zu dürfen. Ich muss Euch daher kurz sagen, was mich bewegte, doch ans Rednerpult zu treten: Es ist beinahe schon zu einem Gemeinplatz für die Kommentatoren unseres politischen Lebens geworden, in unserer Partei zwischen einem gewerkschaftlichen und einem – ja, wie soll man das bezeichnen? –

«politischen» Flügel zu unterscheiden, oder auch den Reformismus der einen dem Utopismus der andern gegenüberzustellen. Oder von der eher konservativen Grundhaltung des einen und dem progressiven Draufgängertum des andern Flügels zu reden – gar einen Gegensatz von Arbeitern und Intellektuellen zu konstruieren und unsere internen Debatten mit ihrem so notwendigen wie förderlichen Ideenreichtum in eine ständige ZerreiSSprobe umzudeuten.

Als Gewerkschafterin – und nun gar vollamtliche Funktionärin – dürfte ich wohl befugt sein, diesen Karikaturen ein

realistischeres Bild unserer Partei entgegenzuhalten. Zwar genügte es eigentlich, uns ein bisschen besser zu kennen, uns nicht im Zerrspiegel zu betrachten, um sich davon zu überzeugen, dass diese gängige Zwei-Flügel-Darstellung grob verzeichnet ist. Aber da man ihr teilweise bis in unsere eigenen Reihen hinein Glauben schenkt, ist es wohl nicht ganz unnützlich, darüber zu sprechen.

Der Sozialismus lässt sich nicht in ein Schwarz-weiss-Schema zwängen. Er ist nicht ein Entweder-dies oder dann Eben-das. Er ist zugleich «extremistisch», systemverändernd und reformistisch. Er ist kühn, und er ist moderat. Er bedeutet sowohl Verteidigung von bereits Erreichtem wie auch Vorwegnahme einer durch neue Techniken und neue Denkweisen veränderten Zukunft. Er ist mit Leidenschaft dem Heute, dem Alltäglichen zugewandt und fordert uns gleichzeitig ein globales, ganzheitliches Denken ab, das auch die mögliche Zu-

kunft einbezieht. Für mich bedeutet Sozialismus in erster Linie eine *Verweigerung*, besser: eine ganze Summe von Verweigerungen. Verweigerung, Unannehmbares erträglich zu finden. In den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre hiess das Unannehmbare vor allem: Kolonialismus, McCarthyismus und Gulag, aber auch Ausschluss der Frauen aus den Institutionen, aus dem offiziellen politischen Leben, Massen von weitgehend rechtlosen, verletzlichen, fast jeder Willkür und Demütigung preisgegebenen Fremdarbeitern. Ich bin damals das eine oder andere Mal zu ihnen hinuntergestiegen, hinuntergestiegen im wörtlichen Sinne: Ich fand ihrer sechzig in einen Keller gepfercht, und ich sah Frauen, die ihre Brote mit Saridon belegten, um gegen die ständigen Kopfschmerzen anzukämpfen. Heute heisst das Nichtakzeptierbare: Hunger in der Dritten Welt, Apartheid in Südafrika, «Verschwundene» und Folter – aber auch Ausweisung, Rück-schaffung von Bedrohten, die bei uns Asyl und Rettung suchten, nach Ländern, in denen sie Verfolgung und Tod erwartet, oder auch «bloss» Arbeitslosigkeit und Elend. Unannehmbare auch der Rüstungswettlauf, die Teilung Europas und der Welt in antagonistische Machtblöcke, krass ungleiche Aussichten auf Gesundheit und Lebensdauer...

All dies trägt den Stempel von Furcht und Verachtung und ist nicht tolerierbar. Also müssen wir all dem gegenüber absolut intolerant sein. Das verstehe ich unter unserem «Extremismus». Wir sind aufs äusserste empört über jedes einzelne verpfuschte Leben – auch da sind wir extrem, sind wir «extremistisch». Wir sind es, nicht um daraus politisches Kapital zu schlagen, um zu generalisieren und zu pauschalisieren und

dem politischen Gegner ständig die übelsten Absichten, eine grundsätzlich unmenschliche Haltung zu unterschieben. Wir sind es, weil wir unseren eigenen Blick für das Nichtakzeptierbare schärfen, uns vor der Gewöhnung an das Unge-wöhnliche bewahren müssen. Es darf für uns keine «noch gerade annehmbare Zahl» von Opfern geben, von in diesem oder jenem und auch in unserem System angeblich unvermeidlichem «menschlichem Abfall».

Wir kannten hier in der Schweiz während langer Zeit die Vollbeschäftigung. Wir wissen also, dass Vollbeschäftigung möglich ist (wobei freilich immer noch bloss ein Drittel der Frauen im Erwerbsalter berufstätig waren). Also müssen wir der Zweckbehauptung entgegenzutreten, nach der es immer einen «Bodensatz von Arbeitslosigkeit» gebe, geben müsse, wonach dieser Bodensatz als Schmiermittel für das Räderwerk der Wirtschaft unentbehrlich sei. Gleichermassen wichtig ist es, der Meinung entgegenzutreten, schulische Misserfolge einzelner oder ganzer Gruppen seien unvermeidlich. Es ist wichtig, die Idee zu bekämpfen, dass das soziale Netz zwar die meisten aufzufangen habe, aber einzelne, die Langzeit-Arbeitslosen, die Angehörigen von Randgruppen, jedoch leider durchfallen lassen müsse. Wir verweigern uns da grundsätzlich, weil es zu dieser Verweigerung keine humane Alternative gibt. Man kann die Todesstrafe nicht «reformieren», man kann nicht die Apartheid reformieren, man kann nicht jemanden seinem Schicksal überlassen, den die Ausweisung aus der Schweiz in tödliche Gefahr bringt. Aber wir weigern uns ebenso entschieden, uns mit dem Fehlen eines diesen Namen verdienenden Kündigungsschutzes in der

Schweiz abzufinden, oder mit der unsozialen Finanzierung der Krankenversicherung, oder mit dem Saisonierstatut, mit der Umweltzerstörung, seit der Verwendung schädlicher Substanzen...

Die Sozialkritik ist eine unserer Hauptaufgaben. Nicht aus einem Hang zur Opposition um jeden Preis, nicht weil wir grundsätzliche Neinsager wären oder weil wir uns unserer Mitverantwortung dafür entziehen wollten, wie unser Land regiert wird, weil wir unsere Stellung als Minderheit in einen moralischen Vorteil ummünzen möchten. Wohl aber, weil die Änderungen, die wir allein nicht durchsetzen können, die Sozialkritik voraussetzen, mit ihr ihren Anfang nehmen. Sozialkritik ist also sozusagen unsere «natürliche» Aufgabe, weil das, was uns *eint*, der Wille ist, die Humankosten des gesellschaftlichen Abenteuers – Fortschritt genannt – nach Möglichkeit zu reduzieren, der Wille auch, die Risiken und Chancen dieses Abenteuers möglichst gleichmässig und gerecht zu verteilen und nicht irgendwelche Gruppen davon auszuschliessen.

Ich verstehe dennoch, dass unsere Gegner irgendwie gereizt reagieren, wenn wir Sozialdemokraten uns hier oder anderswo als das soziale Gewissen des Landes bezeichnen. Nichts beweist, dass das Gewissen jeder und jedes Einzelnen von uns aus soliderem Stoff gewirkt ist. Vielmehr weist einiges darauf hin, dass auch wir mit Kurzsichtigkeit oder gar Blindheit geschlagen sein können.

Der Skandal, die Ausweglosigkeit des Kolonialismus ist längst nicht überall von den sozialistischen Parteien von allem Anfang an erkannt worden. Der Ehrentitel, den Antikolonialismus «entdeckt», «erfunden» zu haben, kommt der Linken nicht zu, wohl aber der,

früher als andere ein offenes Ohr für die Stimme der Kolonialvölker gehabt, das Verhältnis Europas zur übrigen Welt unter neuem Blickwinkel betrachtet und erkannt zu haben, wie hoch die Kosten des kolonialen Abenteurers zu stehen kommen – in Münze von Armut, Elend, Demütigung und Gewalt gerechnet.

Hat die SPS auch nur bemerkt, was die «Pro Juventute» mit ihrer Aktion «Kinder der Landstrasse» für die Jenischen bedeutete? Hat sie versucht, dieser letztlich auf die Auslöschung eines Volkes hinzielenden Aktion Einhalt zu bieten? Ich erwähne diese beiden Beispiele, den Kolonialismus und das Auseinanderreißen der Nomadenfamilien, nur, damit wir uns daran erinnern, wie gut uns Bescheidenheit anstünde – selbst in Wahlzeiten. Wir haben keinen sechsten Sinn für Ungerechtigkeiten und kein Monopol auf das Gewissen. Aber wir haben die politische Verpflichtung übernommen, jede Änderung im Gesellschaftsgefüge mit doppelter Elle zu messen: Was sie an Positivem bringt, was sie an Opfern erfordert, muss so gleichmässig und gerecht wie möglich verteilt werden, und niemand darf dabei ausgeschlossen bleiben. Sozialismus ist Humanismus und konkrete Moral. Das heisst: Wohl sind wir in der Verweigerung des Nichttolerierbaren unbeugsam (diesem «Extremismus» haben wir uns verschrieben), doch gleichzeitig verpflichtet wir uns zur Vorsicht und wägen die Konsequenzen unseres Tuns sorgfältig ab. Welche Folgen hätte die Erfüllung dieser oder jener unserer Forderungen für das Leben, den Alltag jedes Einzelnen – der Verletzlichsten, der Wehrlosen vor allem? Zu welchen Korrekturen dürfen, müssen wir bereit sein, um die neuen Probleme zu meistern, die

sich als Folge des von uns Erregenen ergeben? Was tun wir, um sie so rasch als möglich zu erkennen? Das Wissen um unerwünschte Nebenfolgen jedes tatsächlich wirksamen Medikaments wird den Arzt nicht hindern, es zu verschreiben! Aber er wird es mit äusserster Vorsicht dosieren, wird zusätzliche Massnahmen anordnen und wird die Abgabe des Mittels einstellen, wenn sich die negativen Symptome verstärken.

Dieses Bild möchte ich auf die Politik übertragen. Die Gesellschaft ist ein sehr empfindlicher, sehr komplexer Körper. Wir wollen seine Gebrechen bekämpfen, wir wollen verändern, verbessern. Aber wir müssen jederzeit bereit sein, die Folgen dieser Veränderungen zu erkennen, allfällig nicht gewollte, verderbliche Konsequenzen durch Korrektur zu mildern, wenn möglich abzublocken. *Unsere Problemlösungen gelten nicht für alle Zeiten, sind nicht das definitive Optimum.* Es gibt – auch wenn wir mit Freude und Inbrunst davon singen – kein «letztes Gefecht». Und dennoch streben wir tiefgreifende Reformen an, ständig, beharrlich, aber im Bewusstsein, dass alles Erreichte verbesserungsfähig bleibt.

Keinesfalls heisst das – um nochmals auf das Bild aus der Medizin zurückzugreifen –, dass unsere Eingriffe stets nur homöopathisch sein sollten: Unter einer bestimmten Schwelle ist Wirkungslosigkeit unvermeidlich. Die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt ruft nach einem ganzen Bündel von Massnahmen, die raschestens ergriffen werden müssen – mit inbegriffen die Beschränkung der «Verschmutzungsfreiheit». Wir müssen damit aufhören, unseren natürlichen Lebensraum weiter zu verwüsten. Mit Rücksicht auf uns selber, aber auch aus Solidarität mit den kom-

menden Generationen, denen wir keine nicht mehr lösbaren Probleme hinterlassen dürfen. Wir dürfen uns nicht auf Lösungen verlassen, die vielleicht einmal für dieses oder jenes Teilproblem gefunden werden können. Wir müssen auf die Atomenergie verzichten – so rasch als möglich –, denn wir haben ihre Folgen nicht im Griff, während wir den Ausstieg sehr wohl zu meistern imstande sind. Wir müssen dem öffentlichen Verkehr unbedingte Priorität einräumen, denn wir haben kaum andere Mittel, das weitere Waldsterben zu verhindern. Wir können uns nicht vorstellen, wie wir ohne Wälder leben sollten – aber wir können uns ein Leben ohne Auto durchaus ausmalen. Es gibt in unserem Lande politische Gruppen und Kräfte, die solchen Änderungen ein entschiedenes Nein entgegensetzen – um ihre Privilegien zu bewahren. Unser Nein dagegen bedeutet, dass wir nicht länger bereit sind, die Umwelt auf dem Altar unseres Komforts, unserer (vielleicht bescheideneren) Privilegien zu opfern. Unser Reformismus erschöpft sich aber nicht im vorsichtigen Abwägen der Konsequenzen unseres Tuns und Lassens. Er gehört schlicht zu unserer demokratischen Grundhaltung. Nicht dass die Schweiz in unseren Augen ein vollendetes, nicht mehr verbesserungsfähiges Modell der Demokratie wäre. Wir kennen ihre Schwächen und Lücken. Wir wissen, dass man auch bei uns mit viel Geld eine Abstimmung, eine Wahl viel leichter gewinnt als mit bescheidenen materiellen Mitteln. Wir wissen, dass die Ausländer, die zusammen mit uns unsern Reichtum schaffen, die mit uns in einer Schicksalsgemeinschaft leben, kein Stimmrecht besitzen. Ein Parlament, in welchem alle Volksschichten ihrer Bedeutung entsprechend

vertreten wären, Transparenz der Entscheidungen, die Bereitschaft, eine Debatte aufgrund neuer Erkenntnisse wieder aufzunehmen – wie etwa im Fall Kaiseraugst –, dies alles und manch anderes fehlt uns, damit wir uns von unserem System völlig befriedigt erklären könnten.

Aber zuzugeben, dass unsere Demokratie, wie alles in unserer Gesellschaft, verbesserungsfähig bleibt, einzugestehen, dass diese Demokratie manchmal auch Pannen erleidet, heisst nicht, ihre Spielregeln mutwillig abzulehnen, den bestehenden Gesellschaftsvertrag aufzukündigen. Es bedeutet nicht Doppelspiel, das System zu kritisieren und sich gleichzeitig darin zu integrieren. Die Falltüren unserer Institutionen aufzuspüren ist nötig; dies hindert uns aber nicht, uns an allseits anerkannte Spielregeln zu halten. Redlich ist es, dies offen zu sagen, uns zu allen Facetten unseres Demokratieverständnisses zu bekennen. In unserem Bekenntnis zur Demokratie wurzelt auch der unbändige Wille, zu überzeugen, die Weigerung, jederzeit gegen alle ändern recht zu behalten, uns als die Avantgarde zu verstehen, der «die Massen» zu folgen hätten.

Unserem Willen zu Demokratie entspricht es vielmehr, den jeweils möglichen Konsens anzustreben, bereit zu sein, den Preis dafür zu bezahlen: Die Politik der kleinen Schritte, was wiederum nicht heisst, dass wir uns mit kleinen und kleinsten Schritten zufriedengeben könnten. Wir müssen erkennen, dass unsere Ungeduld berechtigt ist – und dass wir sie dennoch zügeln müssen. Und daraus erwächst unsere Zähigkeit, unsere Hartnäckigkeit. Wir haben, um nur diese Beispiele zu erwähnen, für die Mitbestimmung, für einen Zivildienst, für eine wirklich so-

ziale Krankenversicherung in diesem Lande noch keine Mehrheiten gefunden. Wir müssen also aufs neue antreten, zu überzeugen versuchen, schlimmstenfalls neue Niederlagen in Kauf nehmen, um schliesslich doch zu überzeugen und durchzudringen. Wo wäre das Frauenstimmrecht geblieben, wo die AHV, wenn wir in der Vergangenheit anders gehandelt hätten?!

Unser demokratisches Engagement verbietet es uns auch, uns nur im Rahmen institutionalisierter Politik zu bewegen. Wir möchten Räume schaffen, in denen sich Leute frei entfalten können. Wir wollen – mit einem bekannten Wort – die Leute dort abholen, wo sie sind, dort wo sie mit ihren kleinen und grossen Sorgen leben.

Denn Sozialismus – ich wiederhole mich – ist auch die Leidenschaft für das Alltägliche, das Gewöhnliche, das Konkrete. Die Gesellschaft, das Leben ändern ist eine Leerformel, wenn dabei nicht der Alltag geändert wird.

Aber Sozialismus bedeutet das Heute *und* das Morgen. Wir werden nicht aufhören, uns eine bessere Zukunft, eine neue Gesellschaft auszudenken, damit wir wissen, in welche Richtung wir zu marschieren haben. Nicht dass wir nach den Sternen griffen, nicht dass wir die «reine Utopie» für möglich hielten. Nicht paradiesische, wohl aber wirklich *menschliche* Verhältnisse sind das Ziel. Doch dazu braucht es ein theoretisches Modell – eine Utopie eben –, damit unsere Vorschläge und Forderungen in einem grossen Zusammenhang eingeordnet bleiben. Haben wir also den Mut, unsern auf das Jetzt gerichteten Reformismus zu verbinden mit der Vision einer kommenden – zu erkämpfenden – neuen Gesellschaft!

Zum Schluss möchte ich die wohl etwas abstrakten Ausfüh-

rungen noch mit einigen Beispielen aus der täglichen Gewerkschaftserfahrung illustrieren. Ich greife daher einige Stichworte nochmals auf.

Stichwort Verweigerung:

Verweigerung, gewisse Vorgänge und Situationen hinzunehmen. Zum Beispiel die Kündigung von Vertretern des Personals, Arbeitszeiten, die jegliche Möglichkeit der freien Entfaltung verunmöglichen, ersticken, die Verwendung von Stoffen, deren Gefährlichkeit uns bekannt sein müsste, das Saisonierstatut, das Übermass an Kontrollen und Überwachung, das letztlich Persönlichkeit und Intimsphäre verletzt usw.

Stichwort Vorsicht:

Vorsicht, die uns beispielsweise hindern muss, Modeströmungen zu folgen, auf Modebegriffe hereinzufallen, wie etwa den Modebegriff Arbeitszeit-Flexibilisierung (à la mode du patron). Unsere Gesetzgebung verbietet heute den Frauen gewisse Tätigkeiten. Die Verhältnisse, das sei eingeräumt, sind nicht mehr die gleichen wie damals, als diese Gesetze erlassen wurden. Aber Vorsicht! Jetzt sind jene Leute rasch mit dem Gleichheitsartikel unserer Verfassung zur Hand, welche die Lohngleichheit mit den gesuchtesten Scheinargumenten bekämpfen. Bevor ihre formelle Gleichheit für uns auch nur ein Thema sein kann, wollen wir die Situation «vor Ort» ruhig und gründlich abklären, wollen wir genau wissen, was da allenfalls auf die ohnedies Benachteiligten zukommen soll. Wir fragen uns ganz konkret, ob das «Recht» auf Nachtarbeit für Frauen nicht einfach heisst, dass die mit dieser neuen Gleichheit «beschenkten» ausser ihrer Arbeitskraft nun auch noch ihre Gesundheit verkau-

fen sollen. Ich bin aufs äusserste befremdet – um nicht einen stärkeren Ausdruck zu verwenden – von der Weigerung der Arbeitgeber, überhaupt auf eine Diskussion über die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Nachtarbeit einzutreten. Äusserste Vorsicht also und unbeugsamer Widerstand gegen die Demontage unserer Errungenschaften. Vorsicht aber auch bei unseren Forderungen. Es gehört keineswegs zur Tradition der Gewerkschaften, Unerfüllbares zu fordern, in der Hoffnung, die Gegenseite werde dann schon soviel Vernunft und guten Willen haben, dass auf halbem Wege eine Übereinkunft zustandekommt. Wir fordern vielmehr das Mögliche, aber dann alles, was jeweils möglich ist, ohne dass der Weiterbestand eines Betriebes gefährdet wird. Damit wir das aber wirklich so handhaben können, brauchen wir ein Recht auf umfassende Information über die Lage und die Zukunftsperspektiven eines Betriebes, einer Unternehmung, einer Branche, brauchen wir Mitbestimmung und Einsitz von Personalvertretern in die Kontroll-, ja, in die Leitungsorgane.

Stichwort Demokratie.

Bekanntnis zur Demokratie – auch der internen –, Anerken-

nung der Spielregeln, darauf baut unsere Vertragspolitik auf. Doch dies gilt auch für unsere politischen Vorstösse. Wir wollten, dass die gesetzlich festgelegte Feriendauer verlängert werde, denn wir haben dafür zu sorgen, dass auch die am härtesten Ausgebeuteten ohne allzu grosse Verzögerung in den Genuss jener Errungenschaften kommen, die wir dort aushandeln können, wo wir stark sind. So ist der Anspruch auf vier Ferienwochen für alle ins Gesetz gekommen. Die Volksabstimmung, in der unsere weitergehenden Forderungen abgelehnt wurden, brachte dann einen provisorischen Marschhalt auf dem Weg zur weiteren Verbesserung der Gesetzesgrundlage. Doch von Betrieb zu Betrieb, von Unternehmen zu Unternehmen kämpfen wir weiterhin um die fünfte Ferienwoche. Wir beweisen, dass die Betriebe damit durchaus zu Rande kommen, und eines Tages werden wir mit einer neuen Gesetzesvorlage antreten.

Ähnliches liesse sich von der Mitbestimmung, einer viel grundsätzlicheren und daher noch weit härter bekämpften Forderung sagen.

Aber die Gewerkschaft ist nicht nur zum Fordern da. Sie muss auch wieder der Ort werden, wo man sich über die Tagesforderungen hinaus gemeinsam Gedanken über die Zukunft

macht, über eine Zukunft, die sich grundsätzlich vom Heute unterscheidet: eine Zukunft, in der es die Lohnarbeit in ihrer heutigen Form nicht mehr geben wird. *Die Gewerkschaft kann sich nicht für alle Zeiten darauf beschränken, nur das jeweils gerade erreichbar Scheinende vorzuschlagen und darüber zu verhandeln.* Mit all den Nuancen, die ich einzubringen versuchte, mit dem Hinweis auf all die Gegensätze, die wir überwinden wollen, reisst man wohl niemanden vom Stuhl. Es wäre sicher einfacher, einen Wahlkampf mit ein paar ein für allemal gültigen Wahrheiten, mit ein paar eingängigen Werbesprüchen zu bestreiten. Ich bin aber immer noch davon überzeugt, dass wir nur dann wirklich wir selbst sind, wenn wir zu all unserer Gegensätzlichkeit stehen, wenn wir uns zugleich Umsicht und Kühnheit abfordern, wenn wir uns mit aller Kraft gegen Rückschritte und Abbau von Erreichtem stemmen und gleichzeitig mit jeder Faser Änderungen anstreben.

Diese Gesellschaft hat solche Menschen nötig, hat *uns* nötig. Sie braucht kämpferische Sozialisten. Unser Land braucht solche Sozialisten im Parlament! Das ist meine innerste Überzeugung. Ich wollte sie Euch mitteilen.

Konzepte für angepasste Technologien

Mehr autonome Produktion

Von Peter Haber

«Angepasste Technologie» und «neue Arbeitsteilung», «High-Tech» und «Weltwirtschaftskrise». Schlagwörter, die heute die Diskussion über die Wirtschaft prägen. Über die

Zukunft der Arbeitswelt, der Gesellschaft mithin. Vieles ist bereits geschrieben worden dazu, aus allen Lagern. In der Reihe «Alternative Konzepte» des deutschen C. F. Müller-

Verlages ist von Willy Bierter ein Büchlein erschienen, das die Diskussion weiter beleben will: «Mehr autonome Produktion – weniger globale Werkbänke» lautet der schwerfäll-